

## Einbrecher in kirchlichen Gebäuden in Paderborn

Paderborn (epd). Einbrecher sind in Paderborn in kirchliche Gebäude eingedrungen. Unbekannte Täter hätten am Montag zwischen Nachmittag und Abend in einem katholischen Pfarrhaus in der Ludwigstraße mehrere Türen aufgebrochen und Büroräume durchsucht, teilte die Paderborner Polizei am Dienstag mit. Mit einem dort gefundenen Schlüssel hätten sich die Einbrecher anschließend Zutritt zum Pfarrheim der Gemeinde verschafft und dort die Räume nach Beute durchwühlt. Der Versuch, die Tür zu einer angrenzenden Kita aufzuhebeln, sei jedoch misslungen. Ob etwas gestohlen wurde, stehe noch nicht fest.

Vermutlich dieselben Täter hätten sich am Montagabend gewaltsam Zutritt zu einer weiteren katholischen Kirchengemeinde am Dr.-Rörig-Damm verschafft, teilte die Polizei mit. Dort sei eine Scheibe eingeschlagen und mit einem dort gefundenen Schlüssel ein Tresor geöffnet worden. Daraus hätten die Täter, Bargeld gestohlen. Die Täter seien in eine unbekannt Richtung geflohen.

## Kirche und Justiz würdigen Seminare für Inhaftierte und ihre Familien

Schwerte (epd). Das 50jährige Bestehen der Seminare für Strafgefangene und ihre Angehörigen haben Vertreter des Landes NRW und der Evangelischen Kirche von Westfalen in Schwerte gewürdigt. Bei einem Fachtag in Haus Villigst tauschten sich über 80 Teilnehmende über die Kooperation von Kirche und Justiz über das Angebot aus, wie das EKvW-Institut für Kirche und Gesellschaft mitteilte. In den Seminaren haben Inhaftierte und ihre Familien die Möglichkeit, Perspektiven für ein Leben nach der Haft zu entwickeln und „alternatives Verhalten“ zu erlernen.

Mit den Ehe- und Familienseminaren seien Räume geschaffen worden, „um Beziehungen eine Chance zu geben“, sagte Oliver Greff vom nordrhein-westfälischen Justizministerium. Vor 50 Jahren sei damit Neuland betreten worden. Der Leiter des Instituts, Jan-Dirk Döhling, erklärte, es sei der ureigene Auftrag von Kirche, „dorthin zu gehen, wo die Not gewendet werden muss.“

Der Sozialwissenschaftler Philipp Walkenhorst hob in einem Vortrag die Folgen einer Inhaftierung für die Betroffenen und ihre Angehörigen hervor. Besonders schwerwiegend seien diese für die Kinder der Gefangenen, zum Beispiel durch Stigmatisierung und Ausgrenzung, sagte der Vorsitzende des Landespräventionsrates NRW.

## Kirchen

Walkenhorst, emeritierter Professor für Erziehungshilfe und Soziale Arbeit an der Universität Köln, sprach sich für eine uneingeschränkte Fortführung der Kooperation von Justiz und Kirche aus. Justizvollzugsanstalten seien „Facheinrichtungen der sozialen Rehabilitation“ und hätten den Auftrag der „Reintegration“, so der Experte.

## **Bischöfe und SPD-Spitze: Demokratie vor Rechtspopulisten schützen**

Berlin/Bonn (epd). Katholische Deutsche Bischofskonferenz und SPD-Spitze haben nach einem Treffen am Montag ihr gemeinsames Engagement für eine wehrhafte Demokratie und jede Form des gesellschaftlichen Zusammenhalts bekräftigt. „Gerade jetzt gilt es, Farbe zu bekennen für unsere demokratischen Werte, zum Erhalt unserer pluralistischen Gesellschaft“, hieß es nach einem Spitzengespräch im Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Die Delegationen wurden den Angaben zufolge von den SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil sowie dem Bischofskonferenz-Vorsitzenden, dem Limburger Bischof Georg Bätzing, geleitet.

Nach Angaben der Bischofskonferenz betonten beide Delegationen, dass man sich auch weiterhin als verlässliche politische, gesellschaftliche und kirchliche Akteure für den Kampf gegen jede Form des Rassismus, Antisemitismus und gegen Diskriminierung einsetze: „Insbesondere in Zeiten, in denen die Demokratie von Rechtspopulisten angegriffen wird und offen antidemokratische Forderungen an Normalität zu gewinnen scheinen, müssen alle Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen.“

SPD-Parteiführung und Deutsche Bischofskonferenz unterstrichen weiter, dass es umgehend ein Ende des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine brauche: „Die territoriale Integrität der Ukraine steht dabei ebenso außer Frage wie unsere Solidarität zum europäischen Nachbarn in Kiew.“ Angesichts des dramatischen Nahostkonflikts waren sich beide Seiten einig, dass auch hier die Bundesrepublik Deutschland weiter ihre Vermittlungsbemühungen im Nahen Osten bereitstellen müsse.

Das letzte Treffen fand den Angaben zufolge Ende September 2015 statt. Wie die Bischofskonferenz mitteilte, nahmen an dem Gespräch neben Esken und Klingbeil Bundeskanzler Olaf Scholz, der kommissarische SPD-Generalsekretär Matthias Miersch, der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Lars Castellucci, sowie Bundesminister Hubertus Heil teil.

## Kirchen